



Niederschrift

11. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.05.2009
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:40 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, R. 280 a

Anwesend sind:

Herr Jakobs, Jann	Oberbürgermeister	
Frau Müller, Birgit	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Scharfenberg, Hans-Jürgen	DIE LINKE	
Frau Dr. Schröter, Karin	DIE LINKE	bis 19:35 Uhr
Frau Knoblich, Hannelore	SPD	ab 17:20 Uhr
Herr Schubert, Mike	SPD	
Herr Wartenberg, Claus	SPD	
Herr Dr. Wegewitz, Hagen	SPD	
Herr Lehmann, Peter	CDU/ANW	
Herr Schröder, Michael	CDU/ANW	
Herr Naber, Nils	Bündnis 90/Die Grünen	
Herr Utting, Brian	FDP/Familienpartei	

Nicht anwesend ist:

Frau Engel-Fürstberger, Martina	FDP/Familienpartei	entschuldigt
---------------------------------	--------------------	--------------

Gäste:

Herr Exner, GB 1
Frau E. Müller, GB 3
Frau Dr. von Kuick-Frenz, GB 4
Herr Schüler, Vorsitzender der StVV
Herr Heuer, Fraktion DIE LINKE
Herr Becker, Fraktion FDP/Familienpartei
Herr Bergfried, Medienbeauftragter
Herr Raml, Stern Center Potsdam
Herr Erdmann, Rechnungsprüfungsamt
Frau Krusemark, SB Recht
Herr Richter, KIS
Frau Dr. Seemann, FB Kultur und Museum
Frau Henning, FB Schule und Sport
Herr Jetschmanegg, Büro des Oberbürgermeisters

Schriftführerin:
Frau Ziegenbein

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 29.04.2009
- 2 Bericht des Medienbeauftragten
- 3 Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 09/SVV/0085
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 4 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)
Vorlage: 09/SVV/0086
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 5 Vergabebericht der Landeshauptstadt Potsdam für 2008
Vorlage: 09/SVV/0176
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion FDP/Familienpartei
- 6 Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur
Vorlage: 09/SVV/0272
Fraktion DIE LINKE
- 7 Mitteilungen der Verwaltung
- 7.1 1. Berichterstattung zum Monitoring Schulesen
Vorlage: 09/SVV/0264
Oberbürgermeister, Fachbereich Schule und Sport
- 7.2 Modernisierung des Stadthauses
Vorlage: 09/SVV/0055
Oberbürgermeister, KIS
- 7.3 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung
Vorlage: 09/SVV/0201
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung
- 7.4 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg
hier Bericht über die Entwicklung der Potenziale
gemäß Beschluss: 08/SVV/0992
- 8 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 **Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Bestätigung der Tagesordnung / Bestätigung der Niederschrift vom 29.04.2009**

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur Tagesordnung schlägt der Oberbürgermeister vor, diese um die Mitteilung des Vorsitzenden der Stadtverordnetenversammlung Herrn Schüler zu den Mediatoren für den Konflikt am Griebnitzsee zu erweitern.

Im Weiteren beantragt Herr Naber, den Tagesordnungspunkt 3 - Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam, DS 09/SVV/0085, bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen, da die überarbeitete Fassung als Tischvorlage ausgereicht wurde und keine Positionierung in den Fraktionen möglich war. Das solle aber mit der Maßgabe einer abschließende Behandlung in der Hauptausschusssitzung am 27.05.09 erfolgen.

Frau Dr. Müller schlägt vor, zum Tagesordnungspunkt 4 – Entschädigungssatzung, DS 09/SVV/0086, erst die Stellungnahme des Ausschusses für Finanzen abzuwarten und dann ebenfalls in der Hauptausschusssitzung am 27.05.09 abschließend zu beraten.

Die so geänderte Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 10. Sitzung des Hauptausschusses vom 29. April 2009 gibt es keine Hinweise oder Änderungen; die Niederschrift wird mit 10 Ja-Stimmen, bei 2 Stimmenthaltungen bestätigt.

zu 2 **Bericht des Medienbeauftragten**

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister den Medienbeauftragten, Herrn Bergfried und verweist auf die dazu schriftlich ausgereichte Information (diese wird der Niederschrift als Anlage beigefügt). Im Weiteren erläutert Herr Bergfried Schwerpunkte und Ergebnisse seiner 15 monatigen Tätigkeit und beantwortet die Rückfrage von Frau Dr. Schröter, wie er die Entwicklung der Kommunikation zwischen den Beteiligten bewerte, wenn man dabei die Wirksamkeit des Medienbeauftragten berücksichtige.

Abschließend empfiehlt der Oberbürgermeister, eine jährliche Berichterstattung beizubehalten.

zu 3 **Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam**

Vorlage: 09/SVV/0085

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

zurückgestellt

zu 4 Satzung über die Entschädigung der ehrenamtlichen Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung, ihrer Ausschüsse und Ortsbeiräte sowie der mit einer ehrenamtlichen Tätigkeit betrauten Bürger der Landeshauptstadt Potsdam (Entschädigungssatzung)

Vorlage: 09/SVV/0086

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung

zurückgestellt

zu 5 Vergabebericht der Landeshauptstadt Potsdam für 2008

Vorlage: 09/SVV/0176

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion FDP/Familienpartei

Der Oberbürgermeister verweist auf die einstimmige Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses und bittet Herrn Naber, namens der Antragstellerinnen eine Stellungnahme abzugeben. Herr Naber betont in seinen Ausführungen, dass die Stadt Mitglied bei Transparency International werden wolle und der Vergabebericht eine gute Möglichkeit der Auflistung biete, an wen welche Aufträge vergeben wurden. Im Weiteren entspreche der Antrag einer Empfehlung des Städte- und Gemeindebundes und werde auch andernorts, z. B. in Sachsen, praktiziert. Ein Vergabebericht sei ein weiterer Schritt in Richtung Transparenz.

Herr Exner führt dazu aus, dass sich das Anliegen vielschichtiger darstelle als im Antragstext ausgeführt. So gebe es sowohl Veröffentlichungsverbote als auch Veröffentlichungspflichten und deshalb müsse man gucken, was machbar sei. Eine Auflistung mit den Antworten zu „wo, was, an wen“ unterliege eher dem Veröffentlichungsverbot. In Leipzig, wo dies auch praktiziert werde, gebe es andere Voraussetzungen und Zielstellung betreffe die Darstellung, was mit den vorhandenen Mitteln getan werde. Deshalb sollte man sich Gedanken darüber machen, was mit diesem Anliegen erreicht werden solle. Darüber hinaus sei eine rückwärtsgerichtete Auflistung wohl kaum möglich, da allein im KIS 5000 Vergaben pro Jahr erfolgen. Deshalb schlage er vor, das für zukünftige Vergaben vorzusehen, und zwar ab dem Jahr 2011, denn das bedürfe auch der Anpassung der vorhandenen Software sowie der Schaffung weiterer Voraussetzungen. Vom Grunde her sei das Anliegen sinnvoll, so der Oberbürgermeister, allerdings müsse eine dazu passende Systematik entwickelt werden, wie z. B. Transparenzregeln, so dass alle die gleichen Erwartungen hegen. Er schlägt den Antragstellerinnen eine Überarbeitung des Antragstextes in diesem Sinne und in Zusammenarbeit mit Herrn Exner vor, der eine Realisierung des Anliegens mit einem vertretbaren Aufwand ermöglicht. So könne bei zukünftigen Berichten gesichert werden, dass die notwendigen Daten von vornherein gesammelt werden.

Den Antragstellerinnen gehe es darum, so Herr Naber, nachvollziehen zu können, ob einige Unternehmen in freihändiger Vergabe besonders viele Aufträge erhalten haben und die Klärung, warum das so ist. Die Fraktionen werden sich dazu verständigen, um im gesetzlichen Rahmen das Mögliche erreichen zu können und das mit einem vertretbaren Aufwand. Auch wenn das nicht rückwirkend, sondern für zukünftige Vergaben erfasst werde, sei dem Antrag genüge getan.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass die Fraktion DIE LINKE den Antrag unterstützen werde, um damit Verwaltungshandeln transparent zu machen. Was den vorgeschlagenen Grundsatz einer Systematik betreffe, so könne das auch im laufenden Betrieb erreicht werden, da die vorhandene Software von guter Qualität sei und das sicher auch leisten könne. Auf seine Nachfrage, bis wann die Überarbeitung erfolgen solle, antwortet Herr Naber, bis zur nächsten Hauptausschusssitzung.

Der Antrag wird bis zur Hauptausschusssitzung am 27.05.2009 zurückgestellt.

zu 6

Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes Jugendsoziokultur

Vorlage: 09/SVV/0272

Fraktion DIE LINKE

mit Änderungsantrag Fraktion SPD

Der Oberbürgermeister informiert über das vorliegende Votum des Jugendhilfeausschusses, der dem Antrag in der Fassung des Änderungsantrages der Fraktion SPD zugestimmt habe.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass damit dem Anliegen nicht entsprochen werde, weil dieses mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE beschleunigt werden sollte. Der Änderungsantrag der Fraktion SPD gehe in die andere Richtung und so meine er, dass eine Schrittfolge gewählt werden müsse, die Dynamik entwickle. Außerdem habe Herr Hadlich zugesagt, dass die Prüfergebnisse Ende April im Hauptausschuss vorgestellt werden, so dass die Frage stehe, wann das nun endlich erfolge und welchen Sinn eine Beschlussfassung der DS 09/SVV/0272 im Juni überhaupt noch mache. Da alle Voraussetzungen gegeben seien, könne man am Standort mit einem Stufenprogramm beginnen. Das sei mit dem Änderungsantrag der Fraktion SPD nicht abgedeckt und werde deshalb von seiner Fraktion abgelehnt. Er meine, dass es nach der Kritik der Jugendlichen im vergangenen Jahr und anfänglichen starken Aktivitäten der Verwaltung, mittlerweile „sehr ruhig“ um die Sache geworden sei.

Frau E. Müller verweist in ihren Ausführungen darauf, dass das Projekt „Freiland“ nur ein Teil des Konzeptes sei, was voraussichtlich in der Septembersitzung der StVV vorgelegt und im Vorfeld im Fachausschuss diskutiert werde. So habe sie das auch im Jugendhilfeausschuss auf Nachfrage mitgeteilt. Sie plädiere dafür, ein aufeinander abgestimmtes Verfahren zu entwickeln und deshalb dem Änderungsantrag der Fraktion SPD zuzustimmen. Sie spricht sich gegen einen „Schnellschuss“ aus und für eine langfristig gesicherte Finanzierung, um nicht in eine „Schieflage“ zu geraten.

Frau Dr. Schröter merkt an, dass die Beteiligten seit einem Jahr mit der Thematik befasst seien und am 30. August vergangenen Jahres ein Workshop zu der Frage stattfand, wie mit den vorhandenen Mitteln der „Spartacus“ und der „S 13“ gesichert werden könne. Jetzt wolle man prüfen, ob das überhaupt noch gebraucht werde – das sei ziemlich widersprüchlich und die analytische Tätigkeit arg übertrieben. Frau Dr. Müller betont, dass hier zwei Dinge gegeneinander gestellt werden, die nicht gegeneinander gestellt gehören und sie sehe kein „an Stelle von“, sondern die Umsetzung der bereits besprochenen Zielstellungen. Herr Utting entgegnet darauf, dass Herr Hader selbst in der Fraktion berichtet habe, dass unter Umständen der „Lindenpark“ mit Eröffnung des „Freiland“ nicht mehr benötigt werde. Das wolle seine Fraktion genau wissen und deshalb prüfen lassen.

Der Oberbürgermeister spricht sich dafür aus, einen Ablauf zur Umsetzung des 10plus-Punkte-Planes zu entwickeln, was nicht bedeute, dass während der Prüfung keine einzelnen Punkte realisiert werden. Dabei müsse man aber auch die konkreten Auswirkungen betrachten.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass für ihn weiterhin die Frage stehe, was im Juni beschlossen werden solle, wo eigentlich das Prüfergebnis laut Verwaltung schon vorliegen müsste. Wenn der Antrag zurückgestellt werde, müsse sich der Oberbürgermeister überlegen, wie man im Juni zu einer Vorlage komme, die auch der Öffentlichkeit vermittelbar ist. Der Änderungsantrag kontrahiere den Ausgangsantrag und damit könne die Fraktion DIE LINKE nicht einverstanden sein. Mit dem Beschluss sollten Handlungen ausgelöst und nicht ein unbefriedigender Zustand beschrieben werden.

Herr Schubert empfiehlt, dass alle Beteiligten die nächsten 14 Tage nutzen sollten, um über das weitere Vorgehen nachzudenken.

Die DS wird zurückgestellt.

zu 7 Mitteilungen der Verwaltung

zu 7.1 1. Berichterstattung zum Monitoring Schulessen

Vorlage: 09/SVV/0264

Oberbürgermeister, Fachbereich Schule und Sport

Herr Dr. Scharfenberg merkt dazu an, dass bei Beschluss „solcher Dinge“ so getan werde, als ob das wichtig wäre und wenn das Ergebnis vorliege, interessiere es keinen mehr; das treffe auf die hier vorliegende Mitteilungsvorlage insbesondere zu. Am Beispiel der „Härtefallregelung“ erläutert er, dass das Konzept seiner Meinung nach nicht greife, was zum Nachdenken und zur Einführung eines kostenlosen SchulesSENS anregen sollte. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass mit der Mitteilungsvorlage ein Zwischenbericht vorliege und derartige Schlussfolgerungen erst nach dem Abschlussbericht gezogen werden sollten; alles andere sei voreilig.

Frau Dr. Müller verweist auf die dazu geführte Diskussion im Jugendhilfeausschuss und die dazu gegebenen Anmerkungen aus fachlicher Sicht, wie z. B. die fehlende Ausgangsgröße bezüglich der Härtefallregelung und die Zahlen, wie viele Eltern versucht hätten, die Härtefallregelung in Anspruch zu nehmen. Der Abschlussbericht sei für den September avisiert worden und erst dann gebe es Handlungsmöglichkeiten für Konsequenzen. Zu diesem Zeitpunkt sei der Haushalt 09 schon längst und der Haushalt 2010 noch lange nicht beschlossen, so dass Konsequenzen erst viel später wirksam werden können.

Herr Utting macht darauf aufmerksam, dass mit dem Fragebogen lediglich gefragt wurde, ob man mit dem Essen zufrieden oder nicht zufrieden sei. Das könne so absolut nicht festgestellt werden, weil man manchmal zufrieden und manchmal eben unzufrieden sei.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

neu Mediator für den Konflikt am Griebnitzsee

Herr Schüler führt dazu aus, dass er gemäß des Auftrages der Stadtverordnetenversammlung nach Personen gesucht habe, die als Mediatoren im Konflikt um den Uferweg Griebnitzsee geeignet seien. Mit Herrn Hans-Otto Bräutigam und Herrn Lothar de Maiziére meine er, diese Personen gefunden zu haben, da deren Ruf und Reputation erwarten lasse, dass sie in diesen Gesprächen vermitteln können. Die betroffenen Anrainer habe er in einem Brief davon in Kenntnis gesetzt und gebeten, in einer angemessenen Frist ihre Stellungnahme zu den Gesprächen und zur Akzeptanz dieser beiden Personen mitzuteilen.

Herr Dr. Scharfenberg führt dazu aus, dass man sich über die Rahmenbedingungen für die Mediatoren in einem Verfahren verständigen sollte, wie z. B. einen angemessenen Zeitraum – natürlich unter Wahrung des Spielraums für die Mediatoren. Ebenso die weitere Verfahrensweise, wenn im Rahmen dieser Gespräche keine Einigung zustande komme. Er befürchte, dass ansonsten eine schleichende Gewöhnung an den jetzigen Zustand eintrete.

Herr Schubert stimmt einer grundsätzlichen Verständigung zu, meint aber, dass man jetzt die Antwort der Anrainer abwarten solle und schlägt vor, die Mediatoren zu einem Gespräch in den Hauptausschuss einzuladen. Auf seine Nachfrage, ob den Anrainern für ihre Stellungnahme eine Frist gesetzt wurde entgegnet Herr Schüler, dass dies bis zum 05. Juni erfolgen solle. Hintergrund sei der für das

weitere Verfahren relevante Termin am 28. Mai, so dass vorher Gespräche wenig Sinn machen, denn die Gerichtsentscheidung könne nicht berücksichtigt werden. Bezüglich der von Herrn Dr. Scharfenberg genannten Spielräume stellt er fest, dass es zur Aufgabe der Mediatoren gehöre, eben diese herauszufinden; genauso wie die Möglichkeiten einer Annäherung. Er spricht sich gegen eine Einladung der Mediatoren in den Hauptausschuss aus, denn wenn man das Verfahren ernst nehme, dürfe man die eigene Ansicht nicht aufdrängen. Auch rate er davon ab, Ergebnisse der Gespräche an einem Termin festzumachen. Ebenso spricht sich Frau B. Müller gegen eine Einladung in den Hauptausschuss und plädiert für eine Neutralität der Mediatoren.

Herr Exner betont, dass auch er sich dem anschließen wolle und meine, dass die Mediatoren Vorschläge unterbreiten sollten. Bezüglich der in den letzten Tagen immer wieder geforderten „Friedenspflicht“ führt er aus, dass er das für eine unglückliche Wortwahl halte, die bisher nur aus dem Tarifrecht bekannt sei. Unglücklich deshalb, weil es in diesem Verfahren kaum möglich sein werde, alle Aktivitäten zu unterlassen, denn wenn es bauordnungsrechtlich relevante Dinge gebe, könne die Stadt nicht wegschauen und sei gehalten, als Untere Bauaufsicht ihre Pflichten wahrzunehmen. Der Oberbürgermeister betont, dass die Stadt bisher diesbezüglich nicht tätig geworden sei, sondern nur ein Betretungsrecht für die Grundstücke gefordert habe, um zu prüfen, ob es derartige Maßnahmen gebe, die darunter fallen.

Herr Schubert führt aus, dass er mit einer Einladung keine Vorladung gemeint habe, sondern eine Vorstellung eines diesbezüglich möglichen Weges für die Mediatoren. Herr Dr. Scharfenberg meint, man solle den 28.05. abwarten und sich danach zu einem Zeitrahmen verständigen, um dafür zu sorgen, dass das Mediationsverfahren Sinn mache.

Der Oberbürgermeister legt abschließend fest, dass der Hauptausschuss über den Sachstand auf dem Laufenden gehalten und es eine Verständigung dazu geben werde, ob mögliche Kompromisse angenommen werden sollen.

zu 7.2 Modernisierung des Stadthauses

Vorlage: 09/SVV/0055

Oberbürgermeister, KIS

Der Oberbürgermeister informiert über die Zurückstellung der Mitteilungsvorlage im Rechnungsprüfungsausschuss und schlägt vor, sie zur Kenntnis zu nehmen, da bereits für Juni ein Abschlussbericht avisiert werde.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch; die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 7.3 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung

Vorlage: 09/SVV/0201

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Bauordnung

Herr Dr. Scharfenberg fragt zu dem vorliegenden Bericht nach, ob die auf der Seite 4 angekündigte Fertigstellung des Stadtentwicklungskonzeptes Wohnen für Juni auch jetzt noch gelte. Frau Dr. von Kuick-Frenz antwortet darauf, dass dies für die Verwaltung zutrefte, aber nicht gleichzeitig eine Vorstellung in der Stadtverordnetenversammlung bedeute. Nach einem kontroversen Meinungsaustausch zu dieser Terminstellung legt der Oberbürgermeister eine Vorstellung des Konzeptes im Hauptausschuss fest und folgt dem Vorschlag von Frau B. Müller, dies in die Tagesordnung der Sitzung am 08.07.09 aufzunehmen.

Im Weiteren verweist Herr Dr. Scharfenberg auf die Ausführungen zur Potsdamer Mitte (S. 7 des Berichts) und fragt, wie es mit dem Hotel „mercure“ weitergehen

solle, denn an der Frage Abriss oder nicht „hänge“ auch das weitere Umfeld, wie z.B. das Gebäude der Weißen Flotte oder das Palmenzelt. Dies, so der Oberbürgermeister, werde Gegenstand des zweiten Berichtes sein, denn bis zum Auslaufen des Pachtvertrages im Jahre 2012 sei ja noch etwas Zeit. Herr Dr. Scharfenberg bittet um eine Information zur Weißen Flotte und zum Palmenzelt in der nächsten Hauptausschusssitzung, weil man damit nicht bis zum Jahr 2012 warten könne. Der Oberbürgermeister betont, dass dafür eine Lösung gefunden werde, unabhängig davon, ob das „mercure“ abgerissen werde oder nicht. Einen Vorschlag bzw. eine Information dazu werde es in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Stadtplanung und Bauen geben, sowohl zum gegenwärtigen Stand als auch zu den Möglichkeiten eines Erweiterungsbaus.

zu 7.4 Potenzialanalyse Einzelhandel in der Innenstadt und Babelsberg hier Bericht über die Entwicklung der Potenziale gemäß Beschluss: 08/SVV/0992

Frau Dr. von Kuick-Frenz verweist auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 4. März 2009, womit der Oberbürgermeister gem. DS 08/SVV/0991 beauftragt wurde, über die Entwicklung der Potenziale vierteljährlich im Fachausschuss und im Hauptausschuss zu berichten.

In der dazu ausgereichten schriftlichen Mitteilung ist die Zeitplanung für die Berichterstattung im Ausschuss für Stadtplanung und Bauen (9. Juni 2009) und für den Hauptausschuss (10. Juni 2009) genannt. Die weiteren Berichte seien dann jeweils für September und Dezember 2009 vorgesehen. Demzufolge bitte Sie, den TOP von der Tagesordnung des Hauptausschusses zu nehmen und bis zum 10. Juni 09 zurückzustellen.

Entsprechend der Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg sagt Frau Dr. von Kuick-Frenz zu, den schriftlichen Bericht im Vorfeld an die Hauptausschussmitglieder auszureichen.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

neu Information zur Humboldtbrücke

Der Oberbürgermeister bittet Herrn Erdmann zum Verfahren der Prüfung Stellung zu nehmen.

Herr Erdmann informiert, dass sich die Prüfung auf die vorhandenen Unterlagen beziehen und die derzeit entstandenen Mehrkosten aus dem 1. Bauabschnitt betreffen werde. Sicherlich werde man sich auch die Plandaten anschauen und einen Ausblick auf den 2. Bauabschnitt geben – dies sei aber ein „Blick in die Zukunft“, da die erforderlichen Planungen noch gar nicht abgeschlossen seien.

Herr Dr. Scharfenberg führt aus, dass sich schon nach dem 1. BA eine Verteuerung abzeichne und man befürchten müsse, dass es hier ein „Fass ohne Boden“ werde. Das halte er insofern für problematisch, als dass die Stadt mit 50 % an den Kosten beteiligt sei und die Maßnahme eigentlich gar nicht „gewollt“ war, sondern mit einer günstigen Fördermöglichkeit begründet und dann beschlossen wurde. Wenn sich die jetzt prognostizierte Zeitverzögerung bestätige, sei auch klar, dass es teurer werde. Frau Dr. Schröter meint, dass die Stadtverordneten von den Presseinformationen überrascht worden seien und sich an dieser Stelle faktisch „etwas zusammenbraue“.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass die Verwaltung das aufarbeiten und nach Ursachen suchen werde. Ebenso werde geprüft, wann was wohin kommuniziert wurde. Es sei jetzt schon klar, dass der Bau wegen der Zeitverzögerung teurer werde, aber um wie viel genau, könne wegen der fehlenden Planungen noch

nicht gesagt werden. Herr Schubert fordert, die Maßnahme an sich nicht in Frage zu stellen, denn auf Grund des Zustands der Brücke war und ist dies notwendig. Herr Naber meint, dass eine Diskussion ohne vorliegende Fakten wenig Sinn mache und fragt nach, wann die Planungen abgeschlossen seien, um das bewerten zu können.

Frau Dr. von Kuick-Frenz schlägt vor, die Planungen und den Prüfbericht zum 1. BA zusammen vorzustellen. Allerdings werde der 2. BA in zwei Teile geteilt, so dass die Zahlen „scheibenweise“ vorgelegt werden. Dazu, so der Oberbürgermeister, werde es eine interne Verständigung und eine diesbezügliche Information im nächsten Hauptausschuss geben.

Frau Dr. Schröter meint, dass dies nicht das einzige Projekt mit Kostensteigerungen sein werde und empfiehlt, sich einen Gesamtüberblick zu verschaffen, um die Auswirkungen auf den Haushalt insgesamt den Stadtverordneten zur Kenntnis geben zu können.

zu 8 Sonstiges

Treffpunkt Freizeit

Herr Schubert fragt, wie die Eigenregie des Fördervereins bezüglich der nächsten Produktion des Kindertheaters „Buntspechte“ mit der Förderung des Treffpunktes Freizeit „zusammengehe“.

Frau E. Müller verweist in ihrer Antwort auf das Bestreben des Fördervereins nach mehr Eigenständigkeit und die dazu laufenden Gespräche zwischen dem Kinder- und Musiktheater (MKT) und dem Geschäftsführer des Malteser Treffpunktes Freizeit (MTFZ).

Darüber hinaus habe es ein Gespräch mit dem Vorstand der Malteser am Tisch des OBM gegeben. Der Vorstand solle gemeinsam mit dem Geschäftsführer in einer 4-Wochen-Frist Lösungsvorschläge zur Zusammenarbeit unter Berücksichtigung des Wunsches des MKT nach mehr Eigenständigkeit erarbeiten.

Auf die Nachfrage, wie die Verwaltung die Nutzung der Probenräume und Auftrittsmöglichkeiten im Treffpunkt Freizeit sichere, entgegnet Frau E. Müller, dass der MTFZ eine jährliche Gesamtförderung erhalte. Damit muss das vom JHA zustimmend zur Kenntnis genommene Gesamtkonzept gewährleistet werden, d.h. dass sich Träger und Kindermusiktheater über die Nutzung abstimmen müssen. Das Kindermusiktheater könne allein die Räumlichkeiten (und hier besonders den Multifunktionssaal) nicht auslasten, so dass eine Mehrfachnutzung sinnvoll und nötig sei. Herr Dr. Scharfenberg betont, dass das Kindermusiktheater Schwierigkeiten habe, diese Räume zu bekommen und es sichergestellt werden müsse, dass auch die neue Saison im Treffpunkt Freizeit stattfinde. Das an dieser Stelle festzumachen, wäre sowohl für den Träger als auch für das Kindermusiktheater gut. Frau B. Müller betont, dass das Kindermusiktheater Gegenstand der Vertragsverhandlungen mit den Maltesern gewesen sei und jetzt nicht nur eine Randgruppe darstellen dürfe. Der Oberbürgermeister versichert, dass die Stadt nach Lösungen suche, die beiden Seiten gerecht werde. Er betont, dass die Stadt einen Treffpunkt Freizeit habe, in dem das Kindermusiktheater einen wichtigen Platz einnehme, aber den Treffpunkt nicht dominieren dürfe. Die Stadt wirke darauf hin, ein dementsprechendes Konzept zu entwickeln. Frau E. Müller verweist darauf, dass die Stadt ein breites Angebot im Treffpunkt Freizeit erwarte, gerade auch in den Ferien und an den Wochenenden und dies in Gesprächen mit den Maltesern sehr deutlich gemacht wurde.

Tierheim

Herr Dr. Scharfenberg fragt nach dem Ergebnis des Interessenbekundungsverfahrens zum Potsdamer Tierheim.

Frau E. Müller benennt daraufhin folgende **Zeitkette im Ausschreibungsverfahren Tierheim mit sozialpädagogischem Konzept im Verhandlungsverfahren mit öffentlichem Teilnahmewettbewerb**

1. 30.06.2009 Fertigstellung: der Verdingungsunterlagen / Leistungsbeschreibung / Vertrag / Auswertungsunterlagen Leis-
2. 03.07.2009 Veröffentlichung im Ausschreibungsblatt EU / Bundesanzeiger
3. **10.08.2009 Ende der Bewerbungsfrist**
4. 14.08.2009 Auswertung Teilnahmeanträge / Versendung der Ausschreibungsunterlagen
5. **11.09.2009 Ende Angebotsabgabe durch Bieter / Submission**
6. → Auswertung / Bietergespräche/ Erarbeitung Wertungsprotokoll und Vergabevorschlag
→ Erarbeitung der Vorlagen für 1 / 3 / BK / HA
 - **28.10.2009 Vorlage HA**
 - **30.10.2009 Zuschlagserteilung**

Stadt- und Landesbibliothek

Frau Dr. Schröter bezieht ihre Nachfrage auf die genannten Mehrkosten für die Stadt- und Landesbibliothek in Höhe von 2,5 Mio € und fragt, worauf der Kostenzuwachs beruhe. Herr Richter führt dazu aus, dass der KIS dies derzeit über das Inverstcontrolling prüfe, um den Investitionsaufwand auf das im Kostenplan veranschlagte Volumen zu senken. Die genannten Mehrkosten begründen sich in einer Grobschätzung; erst wenn die Entwicklungsplanung vorliege, haben die Kosten eine Verbindlichkeit. Deshalb werde jetzt an der Zieldefinition noch „herumgeschraubt“, um das anzugleichen und nach Umsetzungsmöglichkeiten geguckt, die im Kostenrahmen bleiben.